

Potsdam, den 24.1.2007

Aktivitäten im Rahmen des Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie

1. Einleitung

Die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen und um den Rechtsextremismus stellt nach wie vor eine große Herausforderung für die Demokratie im Land Brandenburg dar. Diese Herausforderung zu bewältigen ist nicht eine Aufgabe des Staates oder dieser Landesregierung allein. Hier sind alle gefordert. Es geht darum, die Kräfte der Zivilgesellschaft zu bündeln, um gemeinsam den Feinden der Demokratie Einhalt zu gebieten.

Der Rechtsextremismus zeigt sich in vielen Ausprägungen: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Hass und Gewaltbereitschaft werfen Probleme auf, von denen die gesamte Gesellschaft betroffen ist.

Konkret wahrnehmbar sind als handelnde Personen zwar überwiegend junge Menschen, insbesondere junge Männer. Aber der Rechtsextremismus ist nicht allein ein Jugendproblem und auch kein ausschließlich männliches. Es ist bekannt (bspw. durch die Studien von Bräker / Decker Leipzig 2004), dass Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus bei über 60-Jährigen deutlich höher ausgeprägt sind als in der Altersgruppe der 14- bis 30-Jährigen. Bei Frauen und Männern liegen die Werte nahezu gleich hoch und von den 65- bis 74-Jährigen weisen sogar mehr als doppelt so viele (12,1 %) "rechtsextremistische Orientierungen" aufweisen wie in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen (Niedermayer / Stöss Berlin 2005).

Im Auftreten der organisierten Rechtsextremen sind neue Strategien wahrnehmbar, in bürgerlichem Outfit gesellschaftliche Strukturen zu unterwandern - Kindergärten ebenso wie Jugendclubs, Beratungseinrichtungen oder Seniorenheime oder bspw. Schulen auch als Elternvertreter - und die rechte Identität erst später preiszugeben.

Rechtsextremistische Ideologen treffen mit ihren Parolen immer dann auf offene Ohren, wenn sich Menschen benachteiligt fühlen oder benachteiligt sind. Diese Menschen sprechen sie bewusst auf der Gefühlsebene an. Beispielsweise durch Musik: "Rechtsrock" ist, vor allem für junge Menschen, die wesentliche "Einstiegsdroge" für rechtsextremistische Ideologien und wird zunehmend benutzt zur Gewaltverherrlichung, wie der Verfassungsschutz in Brandenburg in seinem jüngsten Bericht festgestellt hat.

Dass Bürgerinnen und Bürger zur Politikverdrossenheit neigen, ist nicht immer zu verhindern. Es ist aber möglich, diesen Menschen zu helfen, sich trotzdem zurechtzufinden und ihnen immer wieder die Möglichkeiten der Lebensgestaltung in einer weltoffenen, demokratisch verfassten Gesellschaft deutlich vor Augen zu führen. Nötig sind dafür keine neuen Programme, sondern vielmehr niedrigschwellige, aufeinander abgestimmte Angebote innerhalb eines Gesamtkonzepts.

An dieser Stelle setzt die Landesregierung mit ihrem **Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie"** an, das sie bereits 1998 beschlossen und 2005 fortgeschrieben hat. Das aktualisierte und angepasste Handlungskonzept ist Ausdruck des im Koalitionsvertrag von 2004 von beiden Koalitionspartnern artikulierten Willens, am

Handlungskonzept selbst festzuhalten und es weiterzuentwickeln (Ziff. 4.5.1 der Koalitionsvereinbarung).

Das Handlungskonzept ist ein integratives Instrument und erweist sich zunehmend als geeignetes Konzept im Umgang mit dem Rechtsextremismus. Von verschiedenen Seiten, beispielsweise von Prof. Heinz Kleger (Politologe an der Uni Potsdam) wird das Handlungskonzept als modellhaft bezeichnet.

Dieses Modellhafte wird auch in anderen Bundesländern so gesehen. Manche in Brandenburg entwickelten Ansätze, z.B. das Konzept der mobilen Beratung, haben bundesweit Beachtung gefunden und sind von anderen Bundesländern übernommen worden.

2. Koordinierungsstelle

Für die Umsetzung des Handlungskonzepts "Tolerantes Brandenburg" ist es wichtig, angemessene Strukturen zu finden und diese zu optimieren. Garantiert werden soll dabei auch, dass möglichst alle an der Umsetzung des Handlungskonzepts Beteiligten erreicht und ihre Aktivitäten tatsächlich miteinander verzahnt oder abgestimmt werden. Die Landesregierung hat deshalb den Staatssekretär im MBS als **Koordinator** für das Handlungskonzept eingesetzt und zu seiner Unterstützung eine **Koordinierungsstelle** eingerichtet.

Ihre wesentliche Aufgabe ist die des **Brückenbaus zwischen Staat und Zivilgesellschaft**. Die Koordinierungsstelle nimmt diese Aufgabe wahr durch

- die Begleitung der politischen Schwerpunktsetzung innerhalb der Landesregierung und durch die Koordinierung von ressortübergreifenden Vorhaben der Landesregierung im Zusammenhang mit der Umsetzung des Handlungskonzepts und seines Maßnahmenkataloges. In allen Ressorts gibt es mittlerweile Ansprechpartner für das Handlungskonzept. Die Koordinierungsstelle hat Formen gefunden, den permanenten Austausch mit diesen auf Arbeitsebene effektiv zu gestalten. Mit den Ressorts wie auch mit nachgeordneten Einrichtungen wie z.B. LJA, LISUM und BLZpB ist die Koordinierungsstelle in einem permanenten Dialog. Dieser dient der Diskussion und ständigen Kontrolle über den Stand der Umsetzung des Handlungskonzeptes, insbesondere der in 2005 erarbeiteten Zusammenstellung von Maßnahmen. Damit ist ein **ständiger Evaluierungsprozess** initiiert worden;
- die Unterstützung bei der Entwicklung von Strategien gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auf örtlicher Ebene. Das schließt die Begleitung und Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren, Vereinen, Initiativen und lokalen Bündnissen ein. Wichtige Partner sind Landräte ebenso wie Bürgermeister und die Protagonisten der zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse. Die beratende Begleitung Runder Tische hat sich beispielsweise dabei als eine erfolgreiche Form der Kooperation erwiesen;
- die Initiierung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Land Brandenburg. Hierbei ist die Entwicklung von Netzwerken zur Förderung und Festigung der Bürgergesellschaft von besonderer Bedeutung, wobei die Koordinierungsstelle die richtigen Partner zusammenbringt. Durch den permanenten gegenseitigen Austausch erhält außerdem die Koordinierungsstelle wertvolle Impulse für ihre Arbeit im Handlungskonzept;
- die kontinuierliche Weiterentwicklung der konzeptionellen Vorstellungen für das Handlungskonzept. Wichtige Partner dabei sind Experten aus Theorie und Praxis - Wissenschaftler genauso wie politische Verantwortungsträger oder engagierte Bürgerinnen und Bürger;
- Kontakte auf Bundes- und auch auf europäischer Ebene.
Auf Bundesebene werden durch die Koordinierungsstelle verschiedene Kontakte wahrgenommen. Sie wirkt derzeit mit im **"Forum gegen Rassismus / Nationaler Runder Tisch"** beim Bundesinnenministerium. Die Leiterin der Koordinierungsstelle vertritt in diesem Gremium, an dem neben Bund, Ländern und Gemeinden auch zahlreiche NGOs teilnehmen, im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) die Bundesländer. Sie ist fer-

ner Mitglied in der **Koordinierungsgruppe "Bekämpfung des Rechtsextremismus"**, die seit 2006 ebenfalls unter Federführung des BMI eingerichtet wurde, um eine bessere Abstimmung zwischen Bund und Ländern bei der Entwicklung von Strategien gegen den Rechtsextremismus zu erreichen. Und die Koordinierungsstelle wirkt mit im vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) initiierten "Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit", das jährlich das "Band für Mut und Verständigung" an Bürgerinnen und Bürger aus Berlin und Brandenburg verleiht. Im Jahr 2006 waren, z.B. der Verein „Jugend engagiert in Potsdam“ und eine Asylbewerberin aus Bernau die Preisträger.

Auf Europaebene bestehen Kontakte u.a. zum EUMC – dem "European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia" in Wien und nach Polen: Im Frühjahr 2006 wurde beispielsweise der OSZE-Sonderbeauftragten und EUMC-Verwaltungsratsvorsitzenden, Frau Crickley, das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen vorgestellt. Im Herbst des letzten Jahres hat eine Mitarbeiterin des polnischen Innenministeriums in der Koordinierungsstelle ein mehrmonatiges Praktikum absolviert – eine Intensivierung der Kontakte besonders mit Polen ist zu erwarten, wenn in Warschau, wie beabsichtigt, eine Stelle eingerichtet wird mit einem ähnlichen Profil wie das der Koordinierungsstelle der Landesregierung in Potsdam.

- Die Koordinierungsstelle ist darüber hinaus dafür zuständig, die Kommunikation um und über das Handlungskonzept der Landesregierung in der Öffentlichkeit zu ermöglichen – sie nimmt diese Aufgabe der **Öffentlichkeitsarbeit** u.a. wahr über die Gestaltung einer eigenen Internetseite www.tolerantes.brandenburg.de innerhalb des Informationsangebotes der Landesregierung. Das Internetangebot ist gekennzeichnet durch höchstmögliche Aktualität und wird nicht zuletzt deswegen von einer ständig zunehmenden Anzahl von Interessenten genutzt. Die Koordinierungsstelle ist vor allem in ständigem direktem Kontakt zu Medien und Journalisten, etwa durch Pressemitteilungen oder -konferenzen wie auch durch Hintergrundgespräche. - Ein wesentlicher Aspekt des Wirksamwerdens in der Öffentlichkeit ist ferner die Initiierung von Fachgesprächen, Tagungen und ähnlichen Veranstaltungen sowie die Teilnahme von MitarbeiterInnen der Koordinierungsstelle an solchen Veranstaltungen.

Die Koordinierungsstelle fungiert so als eine Art **Knotenpunkt** innerhalb der Netzwerkstrukturen von Landesregierung und Einrichtungen auf Bundes-, Landes- sowie auf kommunaler Ebene und denjenigen im Lande tätigen Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), deren wesentliche Aufgaben darin bestehen, die Stärkung der Zivilgesellschaft wie der Demokratie insgesamt voranzutreiben und sich mit den Problemen ihrer Gefährdung durch Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt, besonders politisch motivierter Gewalt, zu befassen.

3. Partner im gesellschaftlichen Raum; Kooperationsverträge

Von größter Bedeutung ist für die Koordinierungsstelle der Landesregierung allerdings die Ausgestaltung des Zusammenwirkens mit der Zivilgesellschaft und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs). Zu nennen sind hier vor allem

- das landesweite **Aktionsbündnis** gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
- das **Mobile Beratungsteam** (MBT)
- die **Regionalen Arbeitsstellen** für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA Brandenburg) und
- der Verein **Opferperspektive**.

Geeignete Formen der Zusammenarbeit auch mit anderen Akteuren im Rahmen des Handlungskonzepts werden durch die Koordinierungsstelle beständig auf- und ausgebaut. Insbesondere hat die Koordinierungsstelle den Abschluss von **Kooperationsverträgen** mit Partnern

aus gesellschaftlich relevanten Handlungsfeldern vorangetrieben. Mit diesen Kooperationen wird einerseits das Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" mit Leben erfüllt, indem den Bürgerinnen und Bürgern beispielhaft verdeutlicht wird, wie und wo ihr bürgerschaftliches Engagement und ihre Möglichkeiten Zivilcourage zu zeigen, zum Tragen kommen können. Andererseits wird erreicht, dass sich die Menschen in diesem Land mit den Grundsätzen und Möglichkeiten eines demokratischen Gemeinwesens besser identifizieren und Verantwortung übernehmen. In diesem Sinne haben die Kooperationsvereinbarungen einen konkretisierenden Charakter: Die Partner verpflichten sich, im Rahmen des Handlungskonzepts "Tolerantes Brandenburg" am Aufbau und an der Stabilisierung demokratischer Strukturen sowie an der Zurückdrängung demokratiefeindlicher Einstellungen mitzuwirken. Die Landesregierung wiederum verpflichtet sich, auf der Grundlage des Handlungskonzepts und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten, die Partner zu beraten, zu fördern und auf vielfältige Art und Weise zu unterstützen. Die Anregung des "networkings" etwa ist eine davon, also vernetzt zu denken und zu handeln, sich zusammenzuschließen und voneinander zu lernen.

Solche Kooperationsverträge sind geschlossen worden mit

- dem **Landessportbund (LSB)** -
über den Sport können viele Menschen erreicht werden, sowohl die aktiven Sportlerinnen und Sportler wie auch die Zuschauer von Sportveranstaltungen. Der LSB repräsentiert mit seinen knapp 300000 Mitgliedern, die in über 2 800 Vereinen organisiert sind, rund 11 % der Gesamtbevölkerung des Landes. Von den 7- bis 14-jährigen jungen Brandenburgerinnen und Brandenburgern ist sogar fast jede/r dritte Mitglied in einem Turn- oder Sportverein;
- dem **Deutschen Gewerkschaftsbund** und allen seinen acht in Brandenburg tätigen Einzelgewerkschaften. –
Sie vertreten in Brandenburg 187 000 Mitglieder, davon sind 10 800 Jugendliche - aktive Bürgerinnen und Bürger, die es zu mobilisieren gilt, wenn es darum geht, für die Demokratie in unserem Lande einzutreten. Die Gewerkschaften setzen sich auseinander mit der Bekämpfung von faschistischen, militaristischen und rassistischen Einflüssen und tragen das Handlungskonzept der Landesregierung gegen den Rechtsextremismus mit;
- dem **Landkreis Elbe-Elster** -
in diesem Vertrag bekennt sich der Landkreis als erste kommunale Gebietskörperschaft ausdrücklich zu Toleranz und Weltoffenheit und gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt. Die vom Kreistag 2005 beschlossenen "Präventionsstrategien gegen Rechtsextremismus" werden damit konsequent umgesetzt und erfahren Unterstützung durch das Land.
- dem **Landesjugendring** -
durch die Jugendverbandsarbeit üben Kinder und Jugendliche demokratische Verhaltensweisen ein – die Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse sind daher einer der wesentlichen Garanten einer starken und lebendigen Demokratie in unserem Land. Der Landesjugendring (LJR) ist die Dachorganisation von 32 landesweit tätigen Jugendverbänden und 11 Stadt- und Kreisjugendringen in Brandenburg. Die Jugendverbände verkörpern in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Weltanschauungen, inhaltlichen Schwerpunkten und Arbeitsformen geradezu das Prinzip gelebter Toleranz;
- den in der **LIGA** zusammengeschlossenen Wohlfahrtsverbänden -
die Wohlfahrtsverbände sind aus Sicht der Landesregierung bedeutsame und unverzichtbare Partner im Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Mit fast 50 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die LIGA der größte nicht öffentliche Arbeitgeber im Land und unterhält mehr als 2600 Dienste und Einrichtungen - u.a. Kindertagesstätten, Jugendklubs sowie Heime und andere Einrichtungen zur Unterbringung, Betreu-

ung und Pflege. Zur LIGA gehören die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrts-
pflege in Brandenburg. Sie sind geprägt durch unterschiedliche weltanschauliche oder
religiöse Motive und Zielvorstellungen. Ihnen gemeinsam ist aber, dass sie entschieden
den Grundsätzen von Toleranz und Gewaltfreiheit verpflichtet sind und unabhängig von
politischen Parteien wirken;

- der **AOK** -

Die AOK will die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – das sind rund 2 000 Be-
schäftigte - verstärkt ansprechen, vor allem aber auch ihre knapp 700 000 Versicherten.
Es ist aus der Sicht der Landesregierung sehr bedeutsam, wenn sogar gerade scheinbar
'unpolitische' Organisationen so eindeutig Stellung beziehen und sich für eine lebendige
und starke Demokratie einsetzen .

Mit weiteren Institutionen aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen gibt es Kontakte,
mit einigen stehen Kooperationsvereinbarungen vor dem Abschluss – etwa mit den Tourismus-
verbänden, weiteren kommunalen Gebietskörperschaften, aber auch mit der Landesstelle für
lesbisch-schwule Belange oder der Landesarbeitsgemeinschaft kulturpädagogischer Einrich-
tungen.

Insbesondere Wirtschafts- wie auch Tourismusverbände im Land Brandenburg haben erkannt,
dass "**Toleranz als Standortfaktor**" wichtig ist – Brandenburg ist angewiesen sowohl auf aus-
ländische Investoren als auch auf seine zahlreichen Gäste. Dies ist u.a. auch auf einem Akti-
onstag der Koordinierungsstelle während der Landesgartenausstellung in Rathenow im Jahr
2006 deutlich geworden.

4. Geförderte Projekte und Institutionen

Zur Umsetzung des Handlungskonzeptes sind im Land Brandenburg jährlich 1.131.400 Euro im
Haushalt veranschlagt. Diese Mittel werden zur kontinuierlichen Unterstützung der vier wichtigs-
ten landesweit tätigen Partner des Handlungskonzeptes verwandt.

An erster Stelle zu nennen ist das **Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und
Fremdenfeindlichkeit**. Es ist ein landesweit tätiger Zusammenschluss von Partnern unter-
schiedlichster Weltanschauungen und gesellschaftlicher Organisationen (Kirchen, Gewerk-
schaften, Jugendverbände etc.) mit Netzwerkcharakter, die sich über ihre je spezifischen Ziele
hinaus einig sind in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus. Mitglieder im Aktionsbünd-
nis sind aber auch lokale Netzwerke, Vereine und zivilgesellschaftliche Bündnisse sowie Ein-
zelpersonlichkeiten, die mit ihrem gesellschaftspolitischen Engagement die Ziele des Aktions-
bündnisses verbinden und vor Ort vermitteln. – Das Aktionsbündnis ist eine wichtige Plattform
zur Abstimmung und Bündelung der zivilgesellschaftlichen Kräfte in Brandenburg im Kampf
gegen Rechts. Es wird von der Landesregierung als kompetenter Mitstreiter und unabhängiger
Kooperationspartner bei der Umsetzung des Handlungskonzeptes geschätzt. Die Landesregie-
rung überlässt dem Aktionsbündnis für seine Geschäftsstelle zusätzlich Personal und Räume.

Das Aktionsbündnis als Anmelder hat mit dem „Tag der Demokraten“ am 18. November in Hal-
be gemeinsam mit Tausenden von Menschen gezeigt, dass der Kampf gegen Rechtsextremis-
mus und Rassismus und für eine demokratische Gesellschaft einen hohen Stellenwert im Land
Brandenburg hat.

Unter Federführung des Aktionsbündnisses ist eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die die Auf-
gabe hat, nachhaltige Strategien für den Gedenkort Halbe unter Einbeziehung der Denkwerk-
statt Halbe, die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräbervorsorge e.V. unterhalten wird, zu erar-
beiten. Auch der Gesetzgeber des Landes Brandenburgs hat bereits reagiert und das Ver-
sammlungsgesetz geändert, das jetzt den Friedhof in Halbe als Kriegsgräberstätte unter einen
besonderen Schutz stellt.

An der Konzeption und Umsetzung der bundesweiten Kommunaltagung „Praxisorientierter Umgang mit rechtsextremistischen Aktivitäten“ am 9. und 10. Februar in Potsdam ist das Aktionsbündnis rege beteiligt, um zum einen gute Kooperationen zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu beschreiben. Zum Anderen sollen lokale Akteure voneinander lernen und gemeinsam Lösungsansätze entwickeln. Dazu berichten Bürgermeister, Landräte und Vertreter der Zivilgesellschaft über ihre Vorgehensweisen in ihren Gemeinden, Fachleute aus Behörden, Wissenschaft und Medien geben einen Überblick zum Thema und zeigen Hilfen für die lokale Praxis auf.

Als unentbehrlich für die Umsetzung des Handlungskonzepts in den vergangenen Jahren hat sich vor allem auch das *Mobile Beratungsteam (MBT)* erwiesen. Das MBT hat über Jahre Strukturen geschaffen und ausgebaut, indem es bei seiner Beratungsarbeit einen gemeinwesenorientierten und systemischen Ansatz verfolgt. Als professionelle Beratungsinstanz unterstützt und fördert das MBT die Festigung demokratischer Einstellungen sowie das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für ihr Gemeinwesen nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“. Entwickelt werden dazu jeweils passgenaue Handlungsansätze für und mit Initiativen vor Ort. Diese Beratungspraxis ist für das Flächenland Brandenburg unabdingbar - die Voraussetzungen für diese unverzichtbaren Strukturen werden durch die Landesregierung auch weiterhin sichergestellt.

Es gibt derzeit sechs regional wirkende MBTs im Land Brandenburg. Getragen werden sie von "*demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung*" in Potsdam. "*demos*" unterstützt nach eigenem Selbstverständnis „Demokratie geleitetes Bürgerengagement in allen gesellschaftlichen Bereichen Brandenburgs“. In einem mit dem Institut abgeschlossenen Vertrag sind diese vielschichtigen Aufgaben und Ziele des MBTs detailliert festgelegt worden.

Weiterhin werden die *Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA Brandenburg)* im Rahmen des Handlungskonzepts von der Landesregierung unterstützt. Es gibt sie an sechs Standorten. Sie sind ein wichtiger Kooperationspartner für die Schulen des Landes und für kommunale Schulträger. Als Partner im "Beratungssystem Schule" und in Absprache mit den staatlichen Schulämtern stellen die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RAA Beratungs-, Fortbildungsangebote sowie Materialien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bereit.

Die verantwortlichen Schulräte, Fachberaterinnen und Fachberater für die entsprechenden Themenkomplexe sowie die Pädagoginnen und Pädagogen der RAA unterstützen die Schulen bei der konkreten Umsetzung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und bei der Entwicklung einer demokratischen Schulkultur. Dabei steht die demokratische Öffnung von Schulen für das Gemeinwesen im Vordergrund. So gehört es zu den Aufgaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RAA in ihren Niederlassungen, die Zusammenarbeit von Schulen und bürgerschaftlichen Initiativen gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu koordinieren.

Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen (z.B. die Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ des Instituts für Familien- und Kindheitsforschung an der Uni Potsdam) zeigen, dass ausländerfeindliche und rechtsextreme Einstellungen, obgleich insgesamt ein Rückgang im Land Brandenburg zu bemerken ist, vor allem in Oberschulen und in den OSZ weiterhin zu finden sind. Das Ministerium lässt deshalb für diese Bereiche Fachberaterinnen und Fachberater für Soziales Lernen durch die Landeskooperationsstelle Jugendhilfe und Schule (LSJ) ausbilden, die in den Schulamtsbereichen für Schulen abrufbar sind. Darüber hinaus erarbeitet das MBS mit der LSJ, der RAA und weiteren Beteiligten eine Handreichung zum Thema „Soziales Lernen und Förderung demokratischer Kompetenzen“.

Die Landesregierung betrachtet neben der kommunalen Beratung und der schulbezogenen Arbeit ebenso die Bildungsarbeit für Weltoffenheit und Toleranz sowie die Unterstützung der **Integration** von Migrantinnen und Migranten als wichtige Aufgaben, die die RAA leisten. Diese werden mit zusätzlichen Mitteln durch die Integrationsbeauftragte des Landes beim MASGF finanziert: i.H.v. knapp 300.000 € Personal- und Sachkosten jährlich für Sozialpädagoginnen bei der RAA. In den sechs verschiedenen Regionen Brandenburgs kooperieren die RAA-Niederlassungen sehr eng mit den Mobilen Beratungsteams.

Für die Landesregierung gleichermaßen bedeutsam ist seit Jahren die effektive **Unterstützung von Opfern** rechtsextremer Straf- und Gewalttaten. In Brandenburg wurde hierfür durch den freien Träger **Opferperspektive e.V.** ein spezifischer Beratungsansatz entwickelt, der inzwischen allgemein anerkannt ist und in allen östlichen Bundesländern sowie in Berlin als Vorbild übernommen wurde und Anwendung findet. In der Praxis hat sich das Konzept eines aufsuchenden Ansatzes mit psychosozialer Beratung, langfristiger Begleitung und kommunaler Intervention bewährt. Dieser Ansatz hilft nicht nur den Opfern, sondern wirkt auch präventiv, da er zur Solidarität mit den Betroffenen von rechtsextremen Straf- und Gewalttaten und zu einer offenen Auseinandersetzung über die gesellschaftlichen Hintergründe dieser Formen von Gewalt einlädt. Bisher unterstützte die Landesregierung den Verein durch ihre Kofinanzierung der durch das Bundesprogramm CIVITAS geförderten Beratungsarbeit. Das Land ist bestrebt, die Finanzierung der Opferperspektive über 2007 hinaus sicherzustellen.

Darüber hinaus stehen der Koordinierungsstelle seit 2005 zusätzlich Lottomittel - i.H.v. zurzeit 220.000 Euro - zur Verfügung. Es werden Maßnahmen gefördert, die sich gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit richten oder der Entstehung dieser Phänomene präventiv begegnen. Dabei spielen Kommunikation und Mobilisierung der Gesellschaft sowie Unterstützung von lokalen, demokratischen Strukturen und der kommunalen Öffentlichkeit ebenso wie die Entwicklung von Toleranz, Solidarität und Abbau von Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit eine Rolle. Projekte, die zum Ziel haben, Eigeninitiative, Zivilcourage, bürgerschaftliches Engagement und Mitbestimmung zu fördern, werden besonders unterstützt. Im Jahr 2006 sind beispielsweise - durch das WM-Jahr beeinflusst - vermehrt präventive Fußballprojekte wie Straßenfußballturniere und sportlich-musikalische Events für Weltoffenheit und Fairness gefördert worden, daneben natürlich auch verschiedenste Workshops, Ausstellungen, Festivals und andere Veranstaltungen.

Des Weiteren werden bereits seit Jahren einzelne Projekte im Rahmen der Umsetzung des Handlungskonzeptes durch Haushalts- und Lottomittel aller Ressorts unterstützt. Diese Mittel der Landesregierung mit ihren verschiedensten Politikfeldern dienen zumeist mittelbar bei der Umsetzung von Projekten und Maßnahmen dem Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Diese partielle Unterstützung kann jedoch nicht im Einzelnen beziffert werden. Nicht zu vergessen ist außerdem der nicht in Euro zu messende Arbeitsaufwand der Justiz-, Polizei und Verwaltungsbediensteten, die alle zu verschiedenen Anteilen die Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Aufgabe haben.

5. Aktivitäten von Einzelressorts im Rahmen des Handlungskonzeptes

Exemplarisch sollen einige Maßnahmen der Landesregierung beschrieben werden, die nicht immer vordergründig dem Zurückdrängen rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Tendenzen dienen, aber dennoch in einem engen kausalen Zusammenhang damit stehen:

So kommen zunehmend niedrigschwellige Ansätze in der Präventionsarbeit zum Tragen: bei **Familienbildungs- und -beratungsangeboten an Kindertagesstätten** ebenso wie generell durch eine **Schulpolitik**, die eine weitere Öffnung von Schulen in das Gemeinwesen vorsieht.

Intendiert ist zugleich die Stärkung der Schulen mit ihrer Orientierungs-, Vernetzungs- und Ankerfunktion bei der **Demokratie- und Menschenrechtserziehung**.

Auch das Programm „Familien und Kinder haben Vorrang“ der Landesregierung zielt ab auf eine Stärkung der demokratischen Kräfte, auf die **Stärkung „des solidarischen Zusammenlebens der Generationen“**. Denn bereits mit der frühkindlichen Sozialisation kann das Fundament für die spätere Ausländerfeindlichkeit gelegt werden oder es werden die mentalen wie emotionalen Voraussetzungen für rechtsextremistische 'Karrieren' geschaffen.

Ein Schwerpunkt ist daher im Handlungskonzept auf die frühkindliche Bildung zu legen. Gerade in diesem Bereich müssen die Anstrengungen noch intensiviert werden, indem z.B. Eltern gestärkt werden, ihre erzieherische Kompetenz unterstützt wird und ihnen Orientierungshilfen an die Hand gegeben und Bildungsangebote gemacht werden. Ähnliches gilt erst recht z.B. für die Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung und in der Jugendarbeit ebenso wie die Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen.

Mit dem 'Beratungssystem Schule' ist durch die Zusammenarbeit von Schulen und Polizei, durch den Ausbau von Schulpartnerschaften oder die Unterstützung des pädagogischen Ansatzes der **"Schulen ohne Rassismus"** gerade im erzieherischen Bereich bereits etliches in die Wege geleitet worden, das langfristig die Zivilgesellschaft stabilisieren und gegenüber Anfeindungen nachhaltig stärken wird. Dabei ist zu betonen, dass z.B. nicht die Titelverleihung zu einer „Schule ohne Rassismus“ das Herausragende ist, sondern der Weg dorthin: es wird nämlich von Schülern, Eltern, Lehrern und anderen Schulseitigen gemeinsam ein nachhaltig wirkender, demokratischer Prozess durchlaufen. Die Gesamtkoordination realisiert die RAA Brandenburg.

Zu nennen ist auch das **Projekt "Prävention im Team"** (PIT) an dem nicht nur alle Ressorts der Landesregierung mitgewirkt haben, sondern das auch nun im Januar 2007 in Form einer Broschüre Ergebnisse gezeigt hat, die in der Praxis, insbesondere der schulischen Praxis, anwendbar sind und auch über die Befassung mit dem Rechtsextremismus hinausweisen.

Diese vielfältigen Maßnahmen im Schulbereich haben sicherlich auch zur Folge, dass die Zahl der Schülerinnen und Schülern rückläufig ist, die eine gewisse Affinität zum Rechtsradikalismus haben oder sich als ausländerfeindlich verstehen, wie die jüngste IfK-Jugendstudie zeigt. Es bleibt aber immer noch ein hoher Prozentsatz, der rechtsextrem eingestellt ist. So versteht sich fast jeder 3. Jugendliche nach wie vor beispielsweise als 'Ausländerfeind'. Festzustellen ist andererseits, dass die Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund an Schulen von 257 im Schuljahr 2000/2001 auf 53 im Schuljahr 2005/2006 deutlich zurückgegangen sind.

Als wichtiger Baustein des Handlungskonzeptes ist auch die *Konzeption der Landesregierung zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer und zur Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinge im Land Brandenburg* zu sehen, deren Ziel die Stärkung der Selbstorganisation und die gesellschaftliche Partizipation von Migrantinnen und Migranten ist. Die Umsetzung und Fortentwicklung des Konzepts sind eine langfristige Aufgabe, die auch die Chance beinhaltet, die brandenburgische Gesellschaft und den Wirtschaftsstandort zu einem weltoffenen und toleranten Land zu qualifizieren. Darüber hinaus werden Ansätze der Antidiskriminierungsarbeit permanent weiterentwickelt sowie auch interkulturelle Projekte konzipiert und unterstützt.

Andere interkulturelle Veranstaltungen wie 'Brückenfestivals' oder grenzüberschreitende **Bildungs- und Begegnungsveranstaltungen**, etwa solche, wie sie die Landjugend und viele andere Jugendverbände anbieten und durchführen, tragen ebenso dazu bei, ein wesentliches Ziel des Handlungskonzeptes, nämlich "den sozialen Zusammenhalt zu stärken" und sich mit dem Rechtsextremismus erfolgreich auseinander zu setzen, zu erreichen.

Einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und Auseinandersetzung in diesem Kontext leisten vor allem die Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen sowie Einrichtungen der kulturellen Bildung des Landes Brandenburg. Sie tun dies mit umfangreichen Bildungs- und Weiterbil-

dingsangeboten, Foren und Arbeitsgemeinschaften, Formen der Begegnung unter Studierenden und hieran angeschlossenen Informationsveranstaltungen unter Einbeziehung der Medien.

Durch Kommunen und Unternehmen aus der **Bau- und Wohnungswirtschaft** und aus anderen Wirtschaftsbereichen wird Prävention, insbesondere Gewaltprävention zunehmend als Aufgabe von Stadtplanung und Wohnungswirtschaft begriffen. Im Rahmen von Programmen der Stadtentwicklung, vor allem in den Programmen "Zukunft im Stadtteil", "Urban II" und im Programm "Soziale Stadt", wurden nicht nur zahlreiche Maßnahmen zur Aktivierung der Bewohner durchgeführt, sondern auch zahlreiche Projekte gefördert, die unmittelbar präventiven Charakter hatten. So wurde und wird die soziale Infrastruktur durch die Herrichtung Soziokultureller Zentren und Bürgertreffs gestärkt, ebenso durch den Ausbau von Ansätzen eines "Quartiersmanagements" in den Städten und Gemeinden, was wiederum vor allem zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen beitragen kann.

Projekte wie Bürgerhäuser und Jugendzentren schaffen mit ihren vielfältigen Angeboten gute Voraussetzungen für das eigene Engagement und gelebte Toleranz. Das gemeinsame Ziel aller einschlägigen Entwicklungsstrategien besteht darin, im kontinuierlichen Dialog mit allen Wirtschafts- und Sozialpartnern der Benachteiligung breiter Schichten in den Städten oder gar der Konzentration einer sich herausbildenden Unterschicht in bestimmten Quartieren entgegenzuwirken.

Das sieht auch die Bundesregierung ähnlich. So legen das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für die Jahre 2007 und 2008 ein neues Sonderprogramm für „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ auf. Die Maßnahme verbindet die beiden bestehenden Programme "XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt" und "Soziale Stadt". Schwerpunkt des Sonderprogramms sind die Unterstützung des Engagements für mehr Toleranz und Integration sowie die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen und bürgerschaftlichen Engagements.

Im Land Brandenburg werden diese Programme der nationalen Städtebauförderung fortlaufend weiter genutzt. Das Programm "Soziale Stadt" ist gerade insbesondere zur Förderung partizipativer Elemente aufgestockt worden. Bei den europäischen Strukturfonds steht ab 2007 eine neue Förderperiode bevor. Nach den überaus positiven Erfahrungen mit den Programmen "Zukunft im Stadtteil" und "Urban" wird das Land die Möglichkeit nutzen, auch in den Folgejahren innerhalb des EU-Querschnittsziels der nachhaltigen Stadtentwicklung Strukturfondsmittel im erheblichen Umfang zur Förderung von Demokratie und Toleranz einzusetzen, um eine Ausgrenzung und Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen erst gar nicht entstehen zu lassen.

Gewaltpräventive Projekte werden auch durch den **Landespräventionsrat** (LPR) unterstützt. So finanziert der LPR beispielsweise das Projekt „Erforschung und Prävention von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus im Land Brandenburg“ des Moses-Mendelsohn-Zentrum.

Außer diesen vielschichtigen präventiven Ansätzen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts sind außerdem **Repressionsmaßnahmen als Bestandteil eines als ganzheitlich zu verstehenden Handlungskonzepts** unerlässlich. Dazu gehören im Wesentlichen:

- die konsequente Aufrechterhaltung eines massiven Aufklärungs- und Verfolgungsdrucks durch Polizei (z.B. MEGA, TOME) und Verfassungsschutz sowie
- exekutive Maßnahmen gegen identitätsstiftende Veranstaltungen und Zusammenschlüsse (Rechts-Rock-Konzerte, Verbote sog. 'Kameradschaften').

- Zur Bekämpfung der ungehinderten Verbreitung rechtsextremistischer Musik werden die Möglichkeiten zur Anregung von Indizierungen bei der *Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien* durch die Polizei intensiv genutzt.

Diese ordnungspolitischen Maßnahmen werden durch breit angelegte Aufklärung und Information über die Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, wie sie etwa der **Verfassungsschutz** im Land Brandenburg als eine seiner Kernaufgaben definiert hat, um extremistischen Bestrebungen entgegenzuwirken, flankiert. Zu nennen ist als ein Beispiel dafür die kürzlich mit dem Verfassungsschutz des Landes Berlin gemeinsam herausgegebene Broschüre über die Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole in der rechten Szene. Weitere repressive Maßnahmen sind eine schnelle Anklageerhebung und Aburteilung von Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund.

Staat und Politik, Justiz und Polizei haben die Pflicht, den Rechtsstaat zu verteidigen. Dazu gehört auch das entschlossene Entgegenreten gegen jede Form des Extremismus, der Fremdenfeindlichkeit und der Ausgrenzung - auch mit Mitteln der **Strafjustiz**. Die brandenburgische Justiz, Staatsanwaltschaften und Gerichte leisten hier seit Jahren vorbildliche Arbeit. Die Einrichtung von Sonderdezernaten bei den Staatsanwaltschaften im Land Brandenburg hat dafür Sorge getragen, dass rechtsextremistische Straftäter schnell und konsequent abgeurteilt werden. Von Seiten der Polizei und der Justiz im Land Brandenburg wird alles Erforderliche getan, um rechtsextremistische Gewalttaten oder auch rechtsextremistische Schmähungen und Propagandadelikte zurückzudrängen. Dass dies nicht gänzlich gelingt, zeigt aber, dass hier nicht nur strafrechtliche Lösungen, sondern gesamtgesellschaftliche Ansätze gefragt sind. Die Repression der Strafjustiz ist nur ein Baustein in einem gesamtgesellschaftlichen Rahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Die Landesregierung versucht zurzeit mit Hilfe des Institutes für Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam, die Entwicklungsverläufe junger rechtsextremistischer Straftäter zu betrachten. Ermittelt werden soll, welche strafprozessualen Maßnahmen die Täter am nachhaltigsten beeindruckt und mit welchen Sanktionen oder anderen Erziehungsmaßnahmen sie am erfolgreichsten von einer kriminellen rechtsextremistischen Karriere abgebracht werden können.

Im **Jugendstrafvollzug** gehören nach aktuellen Erhebungen 25 - 30% der Inhaftierten dem rechtsextremistischen Umfeld an. Da es rechtsextremistischen Strukturen im Land Brandenburg weiterhin gelingt, Tabugrenzen abzusenken und Akzeptanz zu finden, spiegelt sich das auch bei der Klientel des Strafvollzuges wieder. Deshalb wurde 2001 ein Gemeinschaftsprojekt „Arbeit mit gewaltbereiten, rechtsextremistisch gefährdeten jungen Strafgefangenen und Probanden der Bewährungshilfe“ der Bundeszentrale für politische Bildung, des Justizministeriums des Landes Brandenburg und der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung ins Leben gerufen, was Ende 2006 erfolgreich abgeschlossen wurde. Eine Weiterentwicklung der Projektarbeit im Rahmen eines zu erwartenden Bundesprogramms wird zurzeit vorbereitet.

Mehr präventiv ausgerichtete Angebote sind aber auch schon im Vorfeld des Strafvollzuges entwickelt worden: In Trägerschaft des Deutschen Richterbundes Landesverband Brandenburg e.V. engagieren sich Richter und Staatsanwälte ehrenamtlich, um junge Menschen fortzubilden. Vornehmlich Schülerinnen und Schüler erhalten die zusätzliche Möglichkeit, so Rechtsbewusstsein zu entwickeln, das die elementare Kenntnis und Grundbegriffe der deutschen Rechtsordnung einschließt.

Diese konsequente Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zeigt erste spürbare Erfolge: Die Anzahl **rechtsmotivierter Straftaten** ist 2006 – vergleicht man die bisher vorliegenden Zahlen mit denen des Vorjahres - leicht rückläufig gewesen. Sie liegt aber immer noch deutlich über eintausend. In Brandenburg stagniert die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten derzeit auf hohem Niveau und ist entgegen dem Bundestrend sogar leicht rückläufig – das

ist, mit aller gebotenen Zurückhaltung, sicher auch ein Ergebnis der konsequenten Politik der Landesregierung, ein Ergebnis der Umsetzung ihres Handlungskonzepts 'Tolerantes Brandenburg'.

Nach Einschätzungen des Verfassungsschutzes gibt es tatsächlich weniger Brandenburgerinnen und Brandenburger mit rechtsextremen Neigungen, dennoch sei insbesondere die NPD dabei, ihre Strukturen auch in den brandenburgischen Kommunen Brandenburgs auszubauen. Die brandenburgischen Bürgerinnen und Bürger sind jedoch hellwach und reagieren prompt, wie es beispielsweise in Seelow und Kleinow erlebt werden konnte, denn das Klima in Brandenburg hat sich gewandelt, es zeugt von einer erstarkten Zivilgesellschaft.

Für das Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" ist es unerlässlich, einen stetigen und engen Kontakt mit der **Wissenschaft** zu unterhalten. Ein reger Austausch ist besonders wichtig, weil, wie Wissenschaftler festgestellt haben, Wirkungen oder Erfolge eines so angelegten Konzeptes nur schwer messbar sind. Das Handlungskonzept benötigt dennoch ein Feedback, beispielsweise um zu wissen, ob die Landesregierung mit dem Konzept oder einzelnen Bausteinen auf dem richtigen Weg ist.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bildet seit vielen Jahren einen inhaltlichen Schwerpunkt der Aktivitäten der *Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung* sowie der freien Träger im gesamten Land Brandenburg, die durch die Landeszentrale gefördert werden. Die Landeszentrale und freien Träger vor Ort leisten mit Diskussionen, Workshops, Vorträgen, Buchlesungen, Filmveranstaltungen, Theaterstücken und Ausstellungen schon wesentliche Beiträge zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Unterstützt wird dies nicht zuletzt auch durch die interaktiven Nutzungsmöglichkeiten des im Internet angebotenen Informationsportals zum Rechtsextremismus durch die Landeszentrale.

6. Aktivitäten der Bundesregierung

Einen für die Weiterentwicklung des Handlungskonzepts und damit für die Tätigkeit der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg ganz wesentlichen Impuls stellt in diesem und in den kommenden Jahren das Zusammenwirken mit dem Bund dar, insbesondere im Kontext des neu aufgelegten **Bundesprogramms "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus"** .

Mit dem Programm, das am 1.1. 2007 gestartet ist, will das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Zivilgesellschaft stärken, Toleranz und Demokratie fördern und auch die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen unterstützen.

Das auf Dauer angelegte Bundesprogramm knüpft an die Erfahrungen aus dem Ende 2006 auslaufenden Aktionsprogramm der Bundesregierung "Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" an. Für das neue Programm stehen jährlich 19 Mio. € an Bundesmitteln zur Verfügung. - davon wird auch ein nicht unerheblicher Teil nach Brandenburg fließen.

Zielgruppen sind u.a. Kinder und jüngere Jugendliche, vor allem Jugendliche in strukturschwachen Regionen, männliche Jugendliche aus "bildungsfernen" Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit, Migrantinnen und Migranten, Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer und Sozialpädagogen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und so genannte lokale, einflussreiche und deutungsmächtige Akteursgruppen – damit sind weitestgehend auch alle jenen Akteure der Zivilgesellschaft benannt, auf die das Handlungskonzept im Land Brandenburg seit 1998 ausgerichtet ist.

Das Bundesprogramm ist im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt, dient der Bewusstseinsbildung und ist auf langfristige Wirkungseffekte ausgerichtet. Schwerpunkte des Programms sind weiter:

- die Entwicklung integrierter lokaler Strategien mittels lokaler Aktionspläne in kommunaler Verantwortung (Säule 1),
- die Entwicklung und Umsetzung themenbezogener modellhafter Maßnahmen (Säule 2),
- die Programmsteuerung, Evaluation, Öffentlichkeitsarbeit, Forschung, Einbindung bundesweiter und lokaler Bündnisse (Säule 3).

Im Förderschwerpunkt "Entwicklung integrierter lokaler Strategien" entwickeln Kommunen/Landkreise/Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften zusammen mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort einen lokalen Aktionsplan. Der lokale Aktionsplan beruht auf einer spezifischen Analyse der Problemlagen des Fördergebietes, verfolgt mit konkreten Maßnahmen und Entwicklungsschritten eine langfristige integrierte Strategie zur Demokratieentwicklung und fördert lokale Vernetzungen und Kommunikationsstrukturen.

Für die Erstellung und jährliche Fortschreibung eines lokalen Aktionsplans erhalten die Kommunen/Landkreise/Zusammenschlüsse von Gebieteskörperschaften Fördermittel, mit Hilfe derer dann konkrete Einzelprojekte zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplan finanziert werden können. Die Entscheidung über die Projekte trifft ein lokaler Begleitausschuss, dem neben Vertretern der Kommune auch Vertreter der lokalen Akteure der Zivilgesellschaft angehören sollen.

Beim Programmteil zur Erstellung Lokaler Aktionspläne, haben bereits zwei Landkreise aus Brandenburg (Elbe-Elster und Dahme-Spreewald) einen Zuschlag erhalten und werden pro Jahr rund 100 000,- EUR zur Verfügung haben. Weitere Landkreise und Gebietskörperschaften aus Brandenburg haben sich beworben, insgesamt 10 werden voraussichtlich durch den Bund gefördert werden – was einem Gesamtvolumen von jährlich rund 1 Million EUR entspricht.

Ein weiterer Förderschwerpunkt des Bundes ist die Förderung von themenbezogenen Modellprojekten, die überregional angelegt sein können und kofinanziert werden müssen. Folgende Themenbereiche sind vorgesehen: Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus, Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen, Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft und früh ansetzende Prävention.

Bei den Modellprojekten ist bereits ein Projektvorhaben aus dem Land Brandenburg gefördert worden. Dieses Projekt ist aus Beratungen zwischen der Koordinierungsstelle und dem Träger "*demos – Institut für Gemeinwesenberatung*" entstanden. Es hat den Arbeitstitel "Elternwege – ein Modellprojekt zur Förderung einer Selbsthilfestruktur in ländlichen Räumen" und richtet sich vornehmlich an die Eltern und andere Bezugspersonen von jungen Menschen, die durch den Rechtsextremismus gefährdet oder ihm bereits verfallen sind, aber wieder 'aussteigen' wollen. Im Rahmen des Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg besteht ein hohes Interesse gerade am Auf- und Ausbau von derart niedrigschwelligen, zugleich aber effektiven Beratungsangeboten.

Zur Finanzierung der Modellprojekte werden 50 % der Projektkosten durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend getragen (insgesamt max. 450.000 € bei einer dreijährigen Laufzeit). Die restlichen 50 % der Kosten müssen kofinanziert werden. Noch weitere Träger aus Brandenburg haben ihr Interesse zur Durchführung einer Modellmaßnahme gegenüber dem Bund bereits bekundet, der darüber jedoch erst noch entscheiden wird.

Auch hier wird die Koordinierungsstelle dafür sorgen, dass die Kommunikation der Beteiligten untereinander und mit dem Land zustande kommt, unter landesspezifischen Gesichtspunkten ggf. auch außerhalb der vom Bund ohnehin vorgesehenen Foren bzw. zusätzlich zu diesen. Letztlich gilt es, die Unterstützung des Bundes im Kampf gegen Rechts auch optimal für Brandenburg zu nutzen.